

Ausgangslage

Die finanzielle Lage des Kantons ist seit Jahren angespannt. Die rechtsbürgerliche Steuersenkungspolitik bei der Erbschaftssteuer und bei der Unternehmenssteuer hat Einnahmenverluste von über 100 Mio. CHF pro Jahr mit sich gebracht. Seit mehr als 10 Jahren drückt die rechte Mehrheit diverse Kürzungsprogramme in der Bildung, beim öffentlichen Verkehr und der sozialen Sicherheit durch. Diese Abbaupolitik und die damit ausgelöste Verunsicherung lassen kaum mehr Raum für eine positive Gestaltung der Zukunft. Verschärft wird diese Tendenz dadurch, dass der Kanton sich nach wie vor am ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen orientiert und sich bei der Sanierung des Haushalts weiterhin auf Ausgabenkürzungen fixiert, statt verantwortungsvoll Ausgaben und Einnahmen zu überprüfen.

Im Aufgaben- und Finanzplan 2018-2021 rechnet die Regierung zwar nun mit schwarzen Zahlen. Doch diese Prognosen sind trügerisch und der Preis dafür ist zu hoch. Etwa, wenn die «Entlastungen», also Kürzungen, bei Bildung und Kultur bis 2021 jährlich bis auf annähernd 29 Mio. steigen. Symptomatisch sind auch die Kürzungen von mehr als 30 Mio. CHF pro Jahr bei den Prämienverbilligungen. Diese treffen vor allem Leute mit kleinen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien, die so die «Sanierung» finanzieren. Diese Politik mit weiteren Abbaumassnahmen beim ÖV, beim Umweltschutz und beim Personal in allen Bereichen richtet sich aber nicht nur gegen breite Bevölkerungskreise. Sie zerstört auch wichtige Standortfaktoren wie Infrastruktur, Fachausbildung, Lebensqualität und Sicherheit. Die Kosten werden auf die Gemeinden und auf die privaten Haushalte abgewälzt, Investitionen sind aufgeschoben worden. Besonders schwerwiegend ist, dass auch Verpflichtungen im Rahmen von Staatsverträgen geändert werden und das Baselbiet zu einem unzuverlässigen Partnerkanton geworden ist. Für die Steuergeschenke für wenige müssen alle bezahlen – die ganze Bevölkerung und die ganze Region.

Grundziele der SP

Wir wollen den Kahlschlag bei den Kantonsfinanzen stoppen.

Dass die Finanzen unseres Kantons saniert werden müssen, steht ausser Frage. Diese Sanierung darf aber nicht auf dem Rücken der breiten Bevölkerung geschehen, wie das mit der Abbaupolitik der rechten Mehrheit passiert. Die Politik darf nicht einäugig nur die Ausgaben ins Auge fassen, sondern muss auch auf der Einnahmenseite Massnahmen ergreifen. Sie muss zudem alle Massnahmen auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüfen. Die Abbaupolitik wird uns mittelfristig teuer zu stehen kommen. Steuern sind nicht nur nötig für die Rückverteilung von oben nach unten, sie finanzieren auch die Dienstleistungen für die ganze Bevölkerung. Diese Dienstleistungen müssen daran gemessen werden, ob sie für möglichst viele einen Nutzen bringen und ob sie nachhaltig sind. Alle müssen diese Dienstleistungen gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mitfinanzieren. Bezahlen sollen besonders jene, welche von der Arbeit anderer profitieren. Deshalb kommt es für uns auch nicht in Frage, Unternehmen noch mehr zu entlasten, im Gegenteil. Denn immer mehr Kosten werden über Gebühren oder faktische Kopfsteuern (z.B. Krankenkassenprämien) gedeckt, die vor allem Familien sowie untere und mittlere Einkommen belasten und nicht einkommensabhängig sind.

Unsere Forderungen

Keine ungerechten Steuergeschenke für Wohlhabende: Die Umsetzung der SV17 (Neuaufgabe Unternehmenssteuerreform III) im Kanton muss ertragsneutral erfolgen, es soll keine Ertragsausfälle geben. Sie darf deshalb keine erneuten Steuergeschenke mit sich bringen. Auch bei der Vermögenssteuer dürfen keine Steuerkürzungen gemacht werden.

Steuern statt unsolidarische Gebühren: Progressive Steuern sorgen für die Rückverteilung von gemeinsam erarbeitetem Wohlstand. Das Baselbieter Steuergesetz darf deshalb nicht unsolidarischer werden. Wir wollen, dass es keine weiteren Gebührenerhöhungen gibt, denn diese belasten tiefe Einkommen proportional stärker als hohe Einkommen.

Eine Mehrwertabgabe als wichtige Einnahmequelle: Der Kanton soll endlich die Mehrwertabgabe einführen und einen einheitlichen Abgabesatz von mindestens 50% festlegen. Wir wollen, dass die Erträge der Mehrwertabgabe angemessen zwischen Gemeinden und Kanton aufgeteilt werden. Ein Teil der Mehrwertabgabe soll dafür eingesetzt werden, öffentliche Erholungsräume wie Grünflächen oder Spielplätze zu schaffen.

Hohe Erbschaften wieder anständig besteuern: Die SP setzt sich dafür ein, dass die Erbschaftssteuer auf Millionenerbschaften wieder eingeführt wird. Dies gibt dem Kanton finanziellen Handlungsspielraum zurück und stärkt die Chancengerechtigkeit.

Mehr Finanz- und Steuersolidarität: Die Steuerkonkurrenz zwischen den Gemeinden muss eingeschränkt und möglichst unterbunden werden. Es braucht auch neue Ausgleichsmassnahmen, zum Beispiel im Bereich der unterschiedlich hohen Sozialhilfeausgaben.

Steuerwettbewerb einschränken: Der Kanton muss sich auch auf nationaler Ebene für eine Steuerharmonisierung einsetzen. Es kann nicht sein, dass sich die Kantone mit tiefen Steuern die guten SteuerzahlerInnen und Grossunternehmen abwerben, deswegen alle Defizite schreiben und die tiefen und mittleren Einkommen stärker belasten müssen.

Mehr Einnahmen durch mehr Personal bei den Steuerrevisionen: Durch Einstellen von qualifiziertem Personal beim Prüfen der Veranlagungen bei Selbständigerwerbenden und juristischen Personen können die Steuereinnahmen erhöht und die Steuerhinterziehung bekämpft werden. Das ist in anderen Kantonen erfolgreich erprobt worden.

Generationengerechte Investitionspolitik: Das Baselbiet braucht eine mutige und generationengerechte Investitionspolitik. Der Kanton muss Investitionen auch durch Schulden finanzieren, weil diese Finanzierung generationengerecht ist: So bezahlen jene Generationen die Investitionen durch Abschreibungen und Zinsen, die auch davon profitieren.

Kapitaleinkommen angemessen besteuern: Ein zunehmender Teil der ausbezahlten Einkommen wird heute nicht als Lohn vergeben, sondern fliesst in Form von Kapitaleinkommen in die Taschen der Besitzenden. Wir verlangen eine Rückverteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstands an die gesamte Bevölkerung. Kapitaleinkommen müssen deshalb mindestens 1.5mal so stark besteuert werden wie Arbeitseinkommen.

Keine Abwälzung der Kosten auf die Gemeinden: Die verfehlte Finanzpolitik der Rechten darf nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. Die SP stellt sich gegen die einseitige Verlagerung von Kosten auf die Gemeinden, wie das heute z.B. mit erhöhten Kosten für Dienstleistungen der Polizei oder auch Kürzungen im Sozialbereich zulasten der Sozialhilfe gemacht wird. Eine nachhaltige und solidarische Sanierung der Finanzen sieht anders aus.